

Laibacher Zeitung.

N^o 158.

Samstag am 12. Juli

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 fr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 fr., für zweimalige 4 fr., für dreimalige 5 fr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 fr. für 2 Mal und 40 fr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 fr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Ämtlicher Theil.

Das am 10. Juli 1851 ausgegebene XLV. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes enthält unter Nr. 163 nachstehende kaiserliche Verordnung vom 6. Juli 1851, wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, womit provisorisch mehrere Bestimmungen bezüglich der inländischen periodischen und der ausländischen Druckschriften angeordnet werden:

Nachdem die mit der Revision des allgemeinen Strafgesetzbuches im Zusammenhange stehende Regelung der Pressgesetzgebung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, dagegen die in mehreren Theilen des Reiches gemachten Erfahrungen über die Unzulänglichkeit der dormalen in Presssachen bestehenden Gesetze, eine Ergänzung derselben mindestens in einigen Beziehungen dringend erheischen, so habe Ich über Antrag Meines Ministerrathes und nach Anhörung Meines Reichsrathes nachstehende Bestimmungen bezüglich der inländischen periodischen und der ausländischen Druckschriften zu genehmigen und bis zur Erlassung eines neuen Pressgesetzes für den ganzen Umfang des Reiches, und zwar vom Tage der Kundmachung dieser Verordnung im Landesgesetzblatte, in Wirksamkeit zu setzen befunden:

Von der Einstellung periodischer Druckschriften.

§. 1. Wird in einer periodischen Druckschrift beharrlich eine dem Throne, der Einheit und der Integrität des Reiches, der Religion, der Sittlichkeit oder überhaupt den Grundlagen der Staatsgesellschaft feindselige oder mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unvereinbare Richtung verfolgt, so kann nach vorausgegangener zweimaliger, schriftlicher, fruchtloser Verwarnung die weitere Herausgabe einer solchen periodischen Druckschrift von dem Statthalter des Kronlandes, in welchem dieselbe herausgegeben wird, zeitweilig bis auf drei Monate eingestellt werden. Eine auf längere Zeit dauernde, oder die gänzliche Einstellung kann nur vom Ministerrathe ausgesprochen werden. Der Recurs gegen die Verfügungen des Statthalters hat keine aufschiebende Wirkung.

Von dem Verbote ausländischer Druckschriften.

§. 2. Ausländische Druckschriften können vom Minister des Innern für den ganzen Umfang des Kaiserstaates verboten werden. Das gehörig kundzumachende Verbot einer ausländischen Druckschrift faßt auch das Verbot der Herausgabe oder Verbreitung jeder im In- oder Auslande verfaßten Uebersetzung oder sonstiger Ausgabe jener Schrift, es mag selbe den ganzen Inhalt oder nur einen Theil enthalten, in sich.

§. 3. Die k. k. Postanstalt hat auf verbotene ausländische oder ihnen gleichgehaltene Druckschriften keine Pränumeration, noch sonst selbe zur Beförderung anzunehmen und es ist die Einfuhr, der Handel, die Ankündigung und die Verbreitung derselben Jedermann untersagt. Die zur Aufrechterhaltung der öffentl. Ordnung und Sicherheit bestellten Behörden sind zur Beschlagnahme verbotener ausländischer oder denselben gleichgehaltener Druckschriften verpflichtet.

§. 4. Als Verbreiter ist anzusehen und zu bestrafen: wer verbotene ausländische oder ihnen gleichgehaltene Druckschriften in den Kaiserstaat versendet, oder deren Versendung dahin durch Bestellung veranlaßt; wer derlei Druckschriften mit Uebertretung der für die Wareneinfuhr bestehenden Vorschriften in das österreichische Staatsgebiet einbringt oder einbringen läßt; wer damit Handel treibt; wer solche Druckschriften im Inlande vertheilt, an öffentlichen Orten, in Lesezirkeln, Leihbibliotheken u. auslegt oder vorliest, oder sonst Andere zur weiteren Mittheilung abtrifft.

§. 5. Jeder Versuch der eigennützigen Herausgabe eines zeitweilig eingestellten Blattes, so wie der Verbreitung desselben, ist mit einer Geldstrafe von fünfzig bis fünfhundert Gulden Com. Münze, und bei erschwerenden Umständen mit Arreste von einem bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Die gleiche Strafe ist auf die Einfuhr, den Handel, die Ankündigung und die Verbreitung einer verbotenen ausländischen oder derselben gleichgehaltenen Druckschrift zu verhängen.

Die in der Verbreitung ergriffenen verbotenen ausländischen oder denselben gleichgehaltenen Druckschriften unterliegen dem Verfall.

Hat aber die Verbreitung vor Erlassung des Verbotes Statt gefunden, so ist die Auserlassung der Druckschrift zu bewirken, in so ferne nicht wegen ihres Inhaltes ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird.

§. 6. Das Strafverfahren im Sinne des §. 3 steht in den Ländern, wo die Strafprozeß-Ordnung vom 17. Jänner 1850 in's Leben trat, den Bezirks-Collegialgerichten zu, in allen übrigen Theilen der Monarchie haben die landesfürstlichen Collegial-Strafgerichte darüber zu erkennen.

Der Minister des Innern und der Justiz sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt und zur Erlassung der einschlägigen Ausführungsbestimmungen ermächtigt.

Wien am 6. Juli 1851.

Franz Joseph m. p.

F. Schwarzenberg m. p. Bach m. p.

K. Krauß m. p.

Am 10. Juli 1851 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLV. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar sowohl in der deutschen Alleinausgabe als sammtlichen Doppelausgaben, mit Ausnahme der Romanischen, ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 161. Den Erlaß des Justizministeriums vom 23. Juni 1851, wodurch festgesetzt wird, daß die Wirksamkeit der Notariatsordnung in den Kronländern Mähren und Schlessen am 1. September 1851 zu beginnen habe.

Nr. 162. Den Erlaß des Finanzministeriums vom 3. Juli 1851, womit die Behandlung der am 1. Juli 1851 in der Serie 210 verlostten Hofkammer-Obligationen zu 3½, 4, 4½, und 5½, und der nachträglich eingereichten kärntnerisch-ständischen Domestic-Obligationen kundgemacht wird.

Nr. 163. Die kaiserliche Verordnung vom 6. Juli 1851, womit provisorisch mehrere Bestimmungen

bezüglich der inländischen periodischen und der ausländischen Druckschriften angeordnet werden.

Nr. 164. Die Verordnung des Justizministers vom 7. Juli 1851, womit in Folge a. h. Entschließung bekannt gemacht wird, daß pensionirte und mit Beibehaltung des Militärcharakters quittirte Offiziere zu dem Amte eines Geschwornen nicht mehr zu berufen sind.

Mit diesem Stücke zugleich wird auch das zwölfte Beilageheft ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält den a. u. Vortrag des treugehörigsten Ministerrathes zu vorstehender im XLV. Stücke unter Nr. 163 enthaltenen kaiserlichen Verordnung vom 6. Juli 1851.

Gestern den 9. Juli 1851 wurden ebenda von folgenden Stücken des Jahrgangs 1850 des allgemeinen Reichsgesetzblattes nebenstehende Doppelausgaben ausgegeben und versendet, und zwar:

von dem XXXIX. die polnisch-, slovenisch-, croatisch- und serbisch-deutsche,
von dem LXXXVII. die ruthenisch-deutsche Doppelausgabe.

Wien, am 9. Juli 1851.

Vom k. k. Redaktionsbureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Adelsberg, 11. Juli.

△ Gestern um 6½ Uhr Abends trafen Ihre Majestäten der König und die Königin von Sachsen mit Gefolge hier ein, und stiegen im Gasthose „zur Krone“ ab. Bald darauf verfügten sich Höchstdieselben in unsere berühmte Grotte, welche unter Anleitung unseres Bezirkshauptmannes, Baron v. Mac-Neven, recht festlich beleuchtet wurde. Ueber zwei Stunden verweilten die hohen Gäste in der Grotte, und äußerten sich über dieses Naturwunder, diese unterirdischen, mit prachtvollen Stalactiten wahrhaft feensartig besetzten Gänge, in sehr erfreulicher Weise. — Ihre Majestäten übernachteten hier; vor dem Gasthose stand eine Ehrenwache vom hier stationirten Regimente Graf Wimpffen; Tags darauf gegen 9 Uhr Früh fuhren Höchstdieselben nach Triest ab.

Oesterreich.

Wien, 9. Juli. Gestern Morgens begab sich die gesammte Academieleitung, mit Ausnahme eines Professors, zum Sectionsvorstand über Kunst im Unterrichtsministerium, um ihm anzuzeigen, daß sie beim Herrn Minister selbst sich zur Audienz melden wollten, um durch ihr Vorwort verstärkt, die Bitte der gesammten Schüler der Academie um Beilassung ihres verehrten Meisters Rahl demselben schriftlich zu überreichen. Nur auf die ausdrückliche Erklärung, daß das Ganze noch viel zu sehr Gerücht sey, und gar keinen realen Grund habe, da man einen Mann von so ausgezeichnetem Verdienste, wie Rahl, doch nicht so leicht wegwerfe, erklärte das Comité, die Audienz sistiren zu wollen.

— Die gestrige „Austria“ bringt eine vollständige Uebersicht der Baumwollspinnereien im niederösterreichischen Kronlande. Die Anzahl derselben beträgt, mit Ausschluß der zu Pannendorf, Fischamend, Fischau am Steinfeld und Gumpoldsdorfen, die außer

Betrieb gesetzt sind, 54. Hierbei sind 2110 Feinspinnmaschinen und 528,916 Spindeln im Gebrauch. Sämmtliche Fabriken dieser Kategorie erzeugen jährlich 14,882,844 Pfd. an Garn und Zwirn, und beschäftigen bei 10,000 Menschen. Außerdem gibt es in Wien allein 578 verschiedene Gewerbe- und Geschäftszweige. Es dürfte für Manchen nicht uninteressant seyn, die Anzahl der wichtigsten derselben kennen zu lernen. Apotheker 42, Architekten 70, Auskunfts-bureau 4, Bäcker 327, hiervon 97 außer den Linien, Baumeister 41, Baumwollwarenfabriken 31, Bildhauer 122, Branntwein- und Rosoglioerzeuger und Branntweinschänker 54 und 264, Brauereien 45, Buchdruckereien 23, Buchhändler 33, Claviermacher 102, Daguerreotyp-Porträtverfertiger 11, Drechsler 759, Einkehrgasthöfe 94, Fiafer 656, Flachsgarn-Spinnfabriken 2, Fleischhauer 232, davon 73 außer den Linien, Gastwirthe 1467, darunter 370 außer den Linien, Glaser und Glashändler dann Glasfabriksniederlagen 145 und 9, Großhändler 81, Hebammen 717, Kaffeehäuser 132, darunter 35 außer den Linien, Kunst- und Musikalienhändler 14, Lederfabrikanten, Lederer und Rothgärber 109, Maler 406, Mechaniker 78, Möbelniederlagen 56, Milchmeier 606, Sattler deutsche und englische 160, Schlosser 701, Schneider 2916, Schuster 2538, Seidengewandfabriken 377, Seifensieder und Seifenfabrikanten 66, Shawlfabriken 196, Tischler 1369, Uhrmacher 358, Victualienhändler 1733, Zuckerbäcker 72, Zuckerraffinerien 7 und Zündrequisitenfabriken 22.

— Der Vicebürgermeister von Innsbruck, Doctor Alphons v. Widmann, hat dem dortigen Bürgerausschuß einen schriftlichen Antrag übergeben, eine vollständige Realschule von 6 Classen zu errichten, und zu diesem Zwecke einen Realschulfond einstweilen von 60.000 fl. durch 120 Actien zu 5000 fl. C.M. zu gründen.

— Das Gymnasial- und Lycealwesen in Dalmatien wird demnächst auf Grundlage des neuen Unterrichtssystems organisirt werden.

— Aus einem Berichte des französischen Ministers der öffentlichen Bauten geht hervor, daß in Frankreich sich verhältnißmäßig die wenigsten Unglücksfälle auf Eisenbahnen ereignen.

Wien, 10. Juli. Wegen Anschluß der Telegraphenlinien sind jetzt zwischen der kais. Regierung und Rußland einerseits, dann der Schweiz Verhandlungen eröffnet. Der russische Telegraph wird längs des neuen Schienenweges, der im August eröffnet wird, bis St. Petersburg führen. Hr. Siems aus Berlin hat die Leitung der Anlage übernommen. Die Schweiz wird in vier Richtungen mit Telegraphenanlagen versehen, der Anschluß soll in Bregenz erfolgen.

— Das heute abermals eingetretene Sinken der Gold- und Silberpreise deutet mit Sicherheit auf die baldige Realisirung der neuen Finanzmaßregeln. Man versichert auf der Börse übereinstimmend, Se. Majestät der Kaiser habe das Patent in Betreff der Anleihe bereits unterzeichnet.

— Dem Vernehmen nach hat die k. k. österreichische Regierung den unter holstein'scher Flagge fahrenden Schiffen in österreichischen Häfen dieselbe Behandlung wie den dänischen Schiffen zugestanden. Auch Rußland gab diese Erklärung bereits ab.

— Herr Hoven hat die von ihm componirten 83 Lieder Heine's dem seit Jahren sterbenden Dichter zugesendet. Heine hat diese Sendungen in einem herzlichen Briefe erwiedert. „Fünf Jahre,“ schreibt er, „habe er keine Musik mehr gehört; seine Wohnung in Paris sey so enge, daß ein Clavier nicht Raum in ihr findet; doch hofft er auf dem Lande, das er demnächst bezieht, die Lieder, die zu seiner großen Freude componirt sind, sich vorsingen lassen zu können.“

— Die zu den Probefahrten am Semmering bestimmten Concurrenz-Locomotive stehen nun zur Vornahme der Probefahrten auf den betreffenden Stationen bereit. Es sind deren acht, die aus Manchester, London, München (Maffei), Carlsruhe (Kessler), Neustadt (Maschinenfabrik) und Wien (Glog-

nizer Bahn = Maschinenfabrik) zugeführt wurden. Die Probefahrten können zur festgesetzten Zeit anstandslos beginnen; auch sieht man schon der Ankunft der Preisrichter, des Directors der königlich hannoverschen Staatsbahnen, v. Kirchweg, dann des Obermaschinenmeisters und Assessors der Generalverwaltung der königlich bayer'schen Posten und Eisenbahnen, v. Erter, entgegen. Die zu den Probefahrten bestimmte Bahnstrecke zieht sich von Gloggnitz über Payerbach bis über den Eichberg in einer Länge von $1\frac{3}{4}$ Meilen, und mit der Steigung in der Ebene 1:40 und 1:45; die Krümmungshalbmesser wechseln hier zwischen 100 und 200 Klafter; die Gebirgssteigung in einer Länge von 4022 Klafter variiert zwischen 1:100 bis 120. Nur durch ungeheure Anstrengungen wurde es möglich, die Ober- und Hochbauten zur gehörigen Zeit durchzuführen, da im vorigen Jahre durch die unter dem Eisenbahnpersonale eingetretene Krankheit, so wie durch die anhaltend schlechte Witterung die Arbeiten nur langsam vorwärts schreiten konnten.

— Der zwischen Oesterreich und Baiern geschlossene Vertrag wegen Baues und Anschlusses der München-Rosenheimer-Bahn ist in München bereits zur Kenntniß des Publicums gekommen. Hier dürfte er nächstens kundgemacht werden. Der Bau wird sogleich in Angriff genommen. Die bayer'sche Regierung soll einen der Gesellschaft zu verabsolgendem Vorschuß von 300,000 fl. C. M. bereits zugesagt haben.

— Von Seite des römischen Stuhles ist eine Note an die katholischen Großmächte Europa's gerichtet worden, in welcher die Nothwendigkeit ersichtlich gemacht wird, daß der christkatholischen Einwohnerschaft Bosniens und der Herzegowina, welche so wie die übrigen Christen gleichfalls unter schwerem Drucke lastet, eine würdige, durch die Confessionsverhältnisse nicht feindselig gestaltete Behandlung zu Theil werde.

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. Unsere inneren Zustände wurden gestern und vorgestern in zwei sehr langen Sitzungen des Staatsministeriums vorzugsweise zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht. Die Crisis des preussischen Verfassungswesens (denn in eine solche tritt man hier von Tag zu Tag deutlicher und spezifischer ein) dürfte durch diese Beratungen und ihre nächsten Folgen nur gezeitigt werden. Namentlich scheint der Entschluß jetzt reif geworden, durch die Provinzialstände und ihre schon im August d. J. wieder zu eröffnenden Verhandlungen eine bestimmte Rückwirkung auf bisher bestehende Verfassungs-Elemente eintreten zu lassen. Dieß könnte in der Weise erfolgen, daß den Provinziallandtagen ein neues Wahlgesetz zur Bildung der zweiten Kammer zur Begutachtung vorgelegt wird. Die Erneuerung des Wahlgesetzes zur Ernennung der Abgeordneten ist durch die Verfassung selbst (Art. 115) in Aussicht gestellt, und es war dazu um so mehr eine Nothwendigkeit eingetreten, als die auf Veranlassung der königl. Botschaft vom 7. Jänner 1850 beschlossene Umbildung der ersten Kammer in eine Pairie, eine zweite Kammer in ihren bisherigen Bestandtheilen nicht mehr neben sich duldet. Die Regierung hat sich daher schon seit längerer Zeit mit der Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes für diese Kammer beschäftigt, die ohne Zweifel im Jahre 1852, gleichzeitig mit der dann wieder eintretenden Herren-Curie, neu zu componiren seyn wird. Um bei der Reorganisation der zweiten Kammer die Wiederherstellung derjenigen ständischen Elemente zu erzielen, aus denen die Drei-Stände-Curie des vereinigten Landtags zusammengesetzt war, würde es einer entsprechenden Gesetzes-Vorlage bedürfen, und wenn die Regierung für dieselbe die Begutachtung der Provinziallandtage in Anspruch nehmen will, so wird gegen dieses Geschäftsverfahren kein Anstoß erhoben werden können, um so viel weniger, als auch im constitutionellen Staat die Regierung auf jede Weise

ein Gutachten einholen kann, bei welcher Körperschaft ihr dieß auch immer beliebt wäre. Fraglich ist es freilich, ob die Provinzialstände als solche sich sammtlich zur Uebernahme einer solchen Arbeit für berechtigt ansehen werden. Sollten aber auch die Ansichten darüber auseinandergehen und Spaltungen nicht ausbleiben, so darf man der Majorität auf den Provinziallandtagen doch ziemlich sicher seyn. (W. Z.)

Berlin, 7. Juli. Norddeutschen Blättern zufolge werden die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Familien-Ubereinkunft in der dänischen Erbfolge-Angelegenheit besonders von Berlin aus geleitet; der König soll auf das Ansuchen des Kaisers von Rußland das Vermittleramt übernommen haben und unausgesetzt bemüht seyn, eine Ausgleichung zwischen dem dänischen Königshause und den Familien Augustenburg, Glücksburg und Oldenburg zu Stande zu bringen. — Zur Feier des Geburtsfestes des Kaisers von Rußland findet heute großes Galadiner im neuen Saale des Marmorpalais Statt.

Dresden, 6. Juli. Heute Vormittag nach 8 Uhr passirte die zweite Abtheilung der als Ersatzmannschaften nach Holstein bestimmten österr. Truppen unsere Stadt.

München, 5. Juli. Der König hat verordnet, daß von jetzt an im bayerischen Heere die Untergebenen ihren Vorgesetzten weder Säbel, Degen, Pocale noch sonstige Gegenstände als Ehrengeschenke widmen und übergeben dürfen, und daß die Abhaltung corpsweiser Ehrengastmähler jedesmal von der Erlaubniß der vorgesetzten Militärdienststelle abhängig sey, welche dieselbe auf vorherige Anfrage je nach Befund geben und verweigern kann.

Italien.

Rom, 28. Juni. Die Reibungen zwischen den französischen Oberbefehlshabern in Rom und der päpstlichen Regierung nehmen eher zu als ab. Auch General Gemeau, über dessen Benehmen man in geringerem Maße zu klagen hatte, tritt jetzt feindseliger, namentlich gegen die Geistlichkeit auf. Dem „G. Bl. a. B.“ sind in dieser Beziehung interessante Mittheilungen aus Rom gemacht worden, welche, falls sie sich in ihrer ganzen Ausdehnung bestätigen, nicht geeignet sind, die Schwüle am politischen Horizonte des Kirchenstaates abzukühlen. Vom franz. Kriegsministerium sind, so heißt es in dieser Correspondenz vom 25. Juni, schon vor zehn oder zwölf Tagen Befehle angekommen, die französische Besatzung in Rom mehr zu concentriren, sich von der römischen Regierung solche Localitäten anweisen zu lassen, in welchen wenigstens je ein Regiment Platz finden könne, und nicht mehr zuzugeben, daß die verschiedenen Abtheilungen eines Regiments in mehreren Localen vertheilt liegen müssen. Da nun solche Localitäten außer in Klöstern in Rom nicht leicht zu finden sind, so konnte demnach die Wahl auf keine anderen Gebäude fallen, was eine große Aufregung unter der Klostergeistlichkeit und somit im ganzen geistlichen Rom erregte. Sogar die Officiere eines jeden Regiments, die Obristen mitbegriffen, sollen zusammen casernirt werden, und eine dieser Officierscasernen, die namentlich vom französischen Kriegsministerium bezeichnet sind, ist nichts weniger als ein Theil des päpstlichen Palastes auf dem Quirinal. Dieser Officiers-Einquartierung war nun vollends die römische Regierung entgegen, weil sie eine große, außerordentliche Ausgabe dem Staat oder der Stadt Rom verursachen muß, da es sich darum handelt, für mehr denn 350 Officiere, die auf zwei, drei oder mehrere Zimmer ein Recht haben, vollständig zu meubliren, und die betreffenden Gebäude mit Küchen, Speisesälen und allen andern nothwendigen Apartments zu versehen. Zudem erwächst durch diese Maßregel einem Theil der Einwohner ein Schaden dadurch, daß alle diese Officiere für ihre bisherigen Wohnungen Miete bezahlen, was nun natürlich bei der Casernirung wegfällt. Inzwischen kam während der Unterhandlungen über diese neuen Einrichtungen das aus Frankreich erwartete Jäger-

bataillon an, und General Gemeau forderte die Regierung auf, für dieses Corps, das dem Thore Casalleggeri, das nach Civitavecchia führt, nahe gelegene Gebäude des St. Officio (die Inquisition) zu räumen, eine Anforderung, welche bei den dadurch getroffenen geistlichen Herren, die gerade nicht gewohnt sind, genirt zu werden, den heftigsten Sturm und eine entschiedene Opposition erregte. Da aber ein Theil des Gebäudes leer stand, so ließ einstweilen der General diesen occupiren, mit der Weisung, den Ueberrest in kurzer Frist zu räumen, da er entschlossen sey, Gewalt zu gebrauchen, wenn er ihm nicht gutwillig überlassen würde. Solche wenig ceremonielle Manieren, an die General Gemeau bis jetzt gewiß die römischen Behörden nicht gewöhnt hatte, verursachen große Aufregung und die übelste Laune. Die Ursache der plötzlichen Veränderung in dem Betragen des französischen Befehlshabers und überhaupt in dem Tone, welchen seit Kurzem die französische Regierung dem römischen Hofe gegenüber angenommen hat, will man in einer wirklichen oder eingebildeten Annäherung des letzteren an Oesterreich und in dem Umstande finden, daß die päpstliche Regierung, ohne das französische Cabinet davon zu benachrichtigen, dem kürzlich in Neapel zwischen König Ferdinand, dem Großherzog von Toscana, und den Herzogen von Parma und Modena verabredeten Schutz- und Trutzbündniß beigetreten ist, um so mehr, als dieses Bündniß augenscheinlich unter österreichischer Hegelbildung sich gebildet hat.

*** Florenz, 5. Juli.** Die Convention des Großherzogthums Toscana, wodurch der römischen Kirche volle Freiheit gewährt und die leopoldinische Kirchengesetzgebung theilweise beseitigt, theilweise modificirt wird, ist so eben veröffentlicht worden. Sie wurde am 19. Juni ratificirt und wird am 25. August in Wirksamkeit treten. Die wesentlichsten Bestimmungen derselben sind folgende: Den kirchlichen Behörden wird volle Freiheit in der Uebung des Cultus eingeräumt, den Civilbehörden die Pflicht, denselben zu beschützen, auferlegt. Die Bischöfe haben das Recht, in kirchlichen Angelegenheiten Erlasse zu publiciren; die Censur geistlicher Schriften wird durch die Ordinariate besorgt. Mit dem römischen Stuhle steht den Bischöfen volle Correspondenzfreiheit zu. Rechtsstreitigkeiten zwischen weltlichen und geistlichen Personen und Körperschaften, so wie Streitigkeiten in Betreff der Kirchengüter, entscheiden die Civilgerichte, Glaubensstreitigkeiten sollen von den Kirchenbehörden geschlichtet werden. Auch Ehestreitigkeiten fallen dem Kirchengenichte anheim. Läßt ein Priester sich ein, nicht die Religion betreffendes Verbrechen zu Schulden kommen, so haben die Civilgerichte, in kirchlichen Vergehen die geistlichen Gerichte einzuschreiten. Wegen Gefallsübertretungen sollen Geistlichen nur Geldstrafen auferlegt werden, auch sollen dieselben, wenn sie verhaftet werden, rücksichtsvolle Behandlung genießen. Die Gefängnisse, worin Priester verwahrt werden, sind von den Gefängnissen für weltliche Personen geschieden. Der Clerus verwaltet die Kirchengüter. Bei vacanten Eichen werden die dazu gehörigen Güter von einer geistlich-weltlichen Commission unter dem Vorstehe des Bischofs administriert. Um fromme Stiftungen errichten zu dürfen, ist über Antrag der Civil- und Kirchenbehörden die Genehmigung des Papstes zu erwirken.

Frankreich.

Paris, 5. Juli. Unsere Finanzwelt ist durch die Flucht des Wechsel-Agenten Treillet in eine solche Bestürzung versetzt worden, daß sowohl gestern als heute das Börsengeschäft rein null war. Der Verlust, welchen die hiesigen Bankiers durch jene Flucht erleiden, soll zwei Millionen Franken übersteigen. Dabei ist nicht die Summe eingerechnet, welche das Syndicat der Wechsel-Agenten für die vom flüchtigen Agenten auf der Börse gemachten Operationen verantworten muß, und welche sich auf 580.000 Franken beläuft. Nach dem bestehenden Börsen-Reglement haften

die Wechsel-Agenten in solidum für alle Geschäfte, welche von einem ihrer Collegen auf der Börse vorgenommen werden. Der flüchtige Wechsel-Agent begab sich nach England, von wo er mit seiner Frau, die ihm nach Liverpool vorangeeilt war, Nordamerika zu erreichen hoffte. Doch soll es dem Herrn Carlier gelungen seyn, durch zwei seiner Agenten dessen Spur gestern in London zu entdecken, worauf im diplomatischen Wege die Auslieferung begehrt und ohne Weiteres von der brittischen Regierung zugestanden wurde.

Spanien.

Die französische Regierung hat folgende telegraphische Depesche veröffentlicht lassen: „Madrid, den 2. Juli um 5½ Uhr. Gestern Abend spät legte Herr Pidal dem Congress einen Antrag vor, um die Annahme des Prospectus in Bezug auf die Regulirung der Schuld zu verschieben. Obgleich dieses nicht erwartet wurde und mehrere Deputirte abwesend waren, so hat die Regierung doch 129 Stimmen gegen 56 erhalten. Heute haben 9 Stimmen ihre Zustimmung zu dem Votum der Majorität gegeben.“

Großbritannien und Irland.

London, 3. Juli. Der Vater Lord Stanley's, welcher gestern, 77 Jahre alt, starb, war der dreizehnte Earl of Derby, und im Gegensatz zu seinem Sohne, dem bekannten Protectionistenführer im Oberhause, ein entschiedener Whig und Freihändler. Im Unterhause saß er bis 1832 für den Burgfleck Preston. Von da an bis 1838 saß er im Oberhause und erhielt vom Ministerium Malbourn den Hofenband-Orden. In der Debatte spielte er nie eine hervorragende Rolle, und ein Schlaganfall veranlaßte ihn, die Pairie auf seinen Sohn, den toryistischen Redner, übertragen zu lassen und sich in's Privatleben zurückzuziehen. Seine echt altenglische Gastfreundschaft und Freigebigkeit war sprichwörtlich; mit der aristokratischen Leidenschaft für die Fuchsjagd vereinigte er lebhaften Sinn für das Studium der Naturgeschichte, und hatte sich im Reewesleypark eine große Menagerie wilder Thiere angelegt — die einzige Privatanstalt dieser Art, die es gibt, denn sie kann sich dreist mit der Menagerie des Pariser Jardin des Plantes messen, und erhielt erst vor wenigen Tagen einen Zuwachs von Riesenschlangen, Elephanten und Löwen aus Afrika. — Die Stanley's haben in der engl. Geschichte keine geringe Rolle gespielt. Es versteht sich, daß der erste Stanley ein Norman war und mit Wilhelm dem Eroberer herüber kam. Stanley v. Bosworth, der dem Beendiger des Rosenkriegs, Henry VII., die Krone aufsetzen half, wurde 1483 zum ersten Earl of Derby erhoben, dessen jüngerer Sohn mit seinen Bogenschützen die Schlacht bei Flodden entschied. Der vierte Earl war einer von Maria Stuart's Richtern; der siebente mußte als Royalist und Stuartist 1631 in Bolton sein Haupt auf den Block legen. Der zwölfte Earl of Derby vermählte sich in zweiter Ehe 1797 mit Miß Farren, einer talentvollen Schauspielerin, die später am Hofe der Königin Charlotte ein sehr bevorzugter Liebling war. — Der Toryführer Lord Stanley ist seit gestern der 14. Earl of Derby.

Neues und Neuestes.

Wien, 11. Juli. Die hier zur Synode versammelt gewesenen orientalischen Bischöfe haben die Residenz bereits verlassen. Ueber das Resultat ihrer mehrmonatlichen Verhandlungen verlautet nicht mehr, als daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte, und die Entscheidung in der Hauptsache dem Ministerium anheimgestellt worden ist. Der Patriarch Joseph v. Rajacic wird gleichfalls in einigen Tagen in seiner Residenz Carlowitz eintreffen.

— Die Ankunft des Herzogs von Nemours ist in Venedig auf den 1. August bestimmt. Von dort begibt sich der Herzog hieher, wo er mit der Herzogin von Nemours, der Prinzessin Clementine v. Orleans und seinem Schwager dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha zusammentreffen wird, um sodann die Rückreise nach London mit denselben gemeinschaftlich zu machen.

— Den vielen zeitgemäßen Institutionen in unserer Rechtspflege, welche neuestens in das Leben gerufen wurden, wird, wie man hört, eine neue, die Untersuchungshaft betreffende Reform folgen, welche möglichste Beschleunigung mit sich bringen und mindestens jede nicht gerechtfertigte Verzögerung des Untersuchungsprocesses unmöglich machen wird.

— Unser Landsmann, der bekannte Missionär in Centralafrika, Dr. Knobloch, den man schon in der Nähe der Ufer des Nils wähnte, befindet sich noch auf deutschem Boden, u. z. derzeit in München. Er scheint an den katholischen Höfen eine Rundreise gemacht zu haben, um sich für die Mission mit Geldkräften zu versehen.

Telegraphische Depeschen.

— **Paris, 9. Juli.** Zwölf Mitglieder des Centralcomité's des Widerstandes sind verhaftet worden. Die geheime Presse und die Stempel, womit die erschienenen zwölf revolutionären Bulletins gedruckt wurden, sind mit Beschlagnahme belegt worden. Zahlreiche Hausuntersuchungen wurden vorgenommen. Ueber die eben stattgehabten Departementswahlen herrscht Unsicherheit. Es fanden sich wenige Wähler ein.

Locales.

Laibach, den 11. Juli.

Die Residenzstadt Wien ist dem Beispiele so vieler Provinzialstädte gefolgt, und hat in der 51. Sitzung des Gemeinderathes eine **Hundesteuer** angenommen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Alle Hunde, ohne Ausnahme, müssen besteuert werden, und die Besitzer nichtbesteuertter Hunde haben eine Geldstrafe von 10 fl. C.M. zu bezahlen. Der Steuerbetrag ist auf 3 fl. C.M. festgesetzt; Gewerbetreibende, welche Hunde zum Ziehen, Treiben und Wachen benötigen, zahlen von diesen Hunden nur 2 fl. C.M. Jeder Hund, der über 3 Monate alt ist, wird besteuert, und der Besitzer erhält nebst des Steuer Scheines noch eine Marke, die dem Hunde umgehängt wird; Hunde ohne Marken werden vertilgt. Die Steuer wird halbjährig bezahlt. Fremde sollen durch Erlag einer Steuerquote sich eine Marke verschaffen, doch wird ihnen das Geld, wenn der Aufenthalt nicht länger als 14 Tage ist, vor der Abreise gegen die zurückgegebene Marke rückbezahlt. Die durch die Hundesteuer erzielte reine Einnahme fließt dem Local-Armensfonde zu. — Es wäre sicherlich sehr angezeigt, daß auch Laibach in dieser Beziehung dem Beispiele anderer Städte folgen würde, und wir wollen hoffen, daß der verehrte Gemeinderath diesen Gegenstand um so mehr einer Berathung unterziehen wird, da einerseits in Laibach eine übermäßige Vermehrung der Hunde bemerkbar ist, andererseits aber ein nicht unbedeutender Betrag in die Gemeindecasse fließen würde. Das Geld könnte, falls der Armenfond hinreichend dotirt ist, für die Schulen, oder andere derartige Zwecke verwendet werden. Zudem trifft eine solche Steuer nur jene Individuen, die leicht zahlen können; denn wer zu seiner Unterhaltung Hunde hält, wird sicherlich gerne dafür zahlen, und wer sie für sein Geschäft braucht, — dem sind sie gewissermaßen ein Capital, deßhalb er auch davon bezahlen kann. Ueberhaupt sollten Luxus-Artikel besteuert werden, da eine solche Steuer sehr gerecht wäre. Wie vieles ließe sich hierbei über den Besitz von Reitpferden, Equipagen, Eingebögen u. dgl. sagen! Doch hier fällt mir die Antwort Jacob I. von England ein, der auf einen derartig ihm gemachten Vorschlag antwortete: „Ich schweige, denn — sonst belien mich die Hunde des ganzen Landes an!“ Dr. K.

8. 21. Vol 19 m. p.

Ein Wort über chronische Nervenleiden
und das bewährteste Präservativ- und Heilmittel
gegen alle davon ausstrahlenden Beschwerden:
Hypochondrie, Hysterie, Magenkrampf, Epilep-
sie, Samenenergiefungen, männliches Unvermö-
gen, Bleichsucht &c. Preis 20 kr.